



ProDG-Fraktion/Lydia Klinkenberg
Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft
Plenum vom 23. Oktober 2017

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Präsident,
Sehr geehrte Mitglieder der Regierung,
Werte Kolleginnen und Kollegen,

lassen Sie mich mit einigen Zitaten beginnen:

" Um junge Menschen für den Hausarztberuf zu begeistern braucht es gute Arbeitsbedingungen, außerdem ausreichende Studien- und Weiterbildungsplätze.“ Dies ist umso wichtiger, denn - wir wissen bereits - es werden zunehmend "niedergelassene Ärzte in den Ruhestand gehen."

Das bedeutet: "Anreize schaffen für die Niederlassung von Ärzten - etwa durch Zuschüsse für die Praxiseröffnung ... (und) flexiblere Arbeitsmodelle. ... Außerdem müssen wir die Hausärzte ... von einer überbordenden Arbeitsbelastung verschonen. Auch Teilzeitmöglichkeiten sollten wir verbessern.“

"Das Fach wird insgesamt weiblicher: 63 Prozent der Studienanfänger sind Frauen, bei der Abschlussquote sind es noch mehr. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird damit zu einem riesen Thema."

Stichwort "Gemeinschaftspraxis: Dort kann man sich erstens mit Kollegen austauschen und sich zweitens die Verwaltung teilen. ... Sie dürften die Zukunft der ärztlichen Versorgung gerade in dünn besiedelten Gebieten sein."



Doch: "Die jungen Nachwuchsmediziner zieht es eher in die Metropolen."

Werte Kolleginnen und Kollegen, diese Zitate stammen aus dem Artikel "Land sucht Arzt - dramatische Unterversorgung droht", der vor ungefähr einem Jahr in der Zeitung "Die Welt" erschienen ist.

Dieser Artikel zeigt, dass es sich beim Ärztemangel um kein spezifisch ostbelgisches Problem handelt, sondern ländliche Gebiete grundsätzlich Schwierigkeiten haben, ihre Grundversorgung zu sichern.

Der erschwerte Zugang zum Beruf des Arztes durch die Begrenzung der Zulassungen für Mediziner und die unangemessenen Prüfungsbedingungen - ohne Berücksichtigung der Muttersprache - wirken sich dabei selbstverständlich kontraproduktiv aus.

Die schwierige Situation ländlicher Gebiete ist in unserem Fall umso komplizierter, da wir in der DG ohnehin Schwierigkeiten haben, medizinisches und pflegerisches Fachpersonal zu finden, das der deutschen Sprache mächtig ist.

Wir von der ProDG-Fraktion sind der Meinung, dass dieses System reformiert werden muss. Die Beschränkungen verstärken den Ärztemangel, ganz besonders in ländlichen Gebieten.

Wir möchten die Regierung daher dazu auffordern, sich weiterhin auf föderaler Ebene für unsere Interessen einzusetzen.

Ob die durch die COCOF eingeleitete Prozedur eines Interessenkonflikts dabei der richtige Weg ist, wage ich zu bezweifeln. Erstens führt diese Prozedur nicht zu einer Reform des Systems. Die Anzahl der INAMI-Nummern wird dadurch ganz sicher nicht erhöht. Bei diesem Interessenkonflikt geht es zudem um die Verteilung der INAMI-Nummern zwischen der Französischen Gemeinschaft und der Flämischen Gemeinschaft. Die DG hat kein Interesse daran, in diesem Konflikt von Frankophonen und Flamen zwischen die Fronten zu geraten. Aus solchen Streitigkeiten haben wir uns aus gutem Grund immer herausgehalten.



Was das Medizinstudium angeht, verfügt die DG bekanntlich über keine eigene Quote für angehende Medizinstudenten. Unsere Studenten können theoretisch sowohl in der Französischen als auch in der Flämischen Gemeinschaft studieren. Eine eigene Quote werden wir auch nicht bekommen, solange wir hier in Ostbelgien keine Universität mit eigener Medizinfakultät einrichten, was wiederum völlig utopisch ist.

Kurzum: Richtig ist, dass das jetzige System des Zugangs zum Medizinstudium zu vielen Problemen führt und die Situation des Ärztemangels noch zusätzlich verschärft.

Wir teilen die Meinung, dass die Aufnahmeprüfungen in der Französischen Gemeinschaft mehr als ungerecht sind. Diese unangemessene Form der Selektion dient niemandem und ganz sicher nicht unserer Gesundheit. Für unsere deutschsprachigen Studenten kommt noch zusätzlich der Sprachennachteil hinzu - und das sowohl in der Französischen als auch in der Flämischen Gemeinschaft. Wir wissen doch alle aus eigener Erfahrung, dass man in der Schule zwar sehr gute Sprachkenntnisse erwerben kann; aber niemals das Niveau eines frankophonen oder flämischsprachigen Muttersprachlers erreicht, wenn man nicht gerade perfekt zweisprachig erzogen wurde. Die meisten beherrschen die jeweilige Sprache und den fachspezifischen Wortschatz erst nach den ersten Studienjahren - und nicht vorher. Bei mir jedenfalls war das so. Deshalb fordern wir Sie auf, werte Regierungsmitglieder, sich bei den Kollegen im Landesinneren für eine gezielte Unterstützung der deutschsprachigen Bewerber einzusetzen.

Den Vorschlag des Kollegen Nelles, zu überprüfen, ob man im deutschsprachigen Europa Kontingente für Medizinstudenten aus der DG aushandeln könnte, unterstützen wir. Ob das realistisch ist, kann ich nicht beurteilen. Aber es macht Sinn, diese Idee zu überprüfen. In jedem Fall zeigen Sie mit Ihrem Vorschlag, Kollege Nelles, wie wertvoll und inspirierend die Außenbeziehungen für eine kleine Gemeinschaft wie die DG sein können. Und so fordern wir die Regierung auf, diese Piste zu überprüfen, entsprechende Verhandlungen aufzunehmen und konkrete Vorschläge zu unterbreiten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!